

Ersteinst in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Abonnementpreis  
Für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro  
Quartal.  
Monats-Abonnement  
werden bei allen deutschen Postämtern  
auf den 2. und 3. Monat, und auf den  
3. Monat besonders angenommen; im  
Folge. Sachverhalte und sonstige  
Werbung auch auf den 1ten Monat  
des Quartals 4 54 Pf.  
Inserate  
Bei Veranlassungen pr. Zeile 10 Pf.,  
bei Privatangelegenheiten und feste pr.  
Zeile 20 Pf.

# Vorwärts

Bestellungen  
nehmen an alle Postämtern und Buch-  
handlungen des In- u. Auslandes.  
Hilfs-Expeditoren.  
New-York: Soc. demokr. Genossen-  
schaftsdruckerei, 154 Eldridge Str.  
Philadelphia: G. Galt, 630 North  
3rd Street.  
J. Wolf, 1129 Charlotte Str.  
Boston N. J.: J. H. Sorge, 215 Wash-  
ington Str.  
Chicago: W. Lanfmann, 74 Clybourne Ave.  
San Francisco: F. Eub, 418 O'Farrell Str.  
London W.: G. Payne, 8 New St.  
Golden Square.

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 96.

Freitag, 16. August.

1878.

### Freie Wahl.

In seiner 1869 gehaltenen Rede „über die politische Stellung der Sozialdemokratie“ sagte Liebknecht, um die Unmöglichkeit freier Wahlen unter einer thatsächlich unbeschränkten und ihre Nachmittel rücksichtslos gebrauchenden Regierung zu illustriren: „Man kann mit Sicherheit behaupten, daß in Preußen kein Abgeordneter in den Reichstag gewählt werden kann, dessen Candidatur die Regierung ernsthaft bekämpft. Ich erinnere an die letzte Wahl in Hannover, wie man die Aufrufe der Opposition confiszirte, ihr tausenderlei Hindernisse in den Weg legte. Und hier handelte es sich nur um einen unbedeutenden, nicht um einen gefährlichen Candidaten. Hätte die Regierung von ihrer ganzen Macht Gebrauch machen wollen — ich meine gesetzlichen Gebrauch, denn der „intelligente“ Absolutismus fleidet sich meist in den Mantel des Gesetzes —, sie hätte die Wahl Ewald's mit Leichtigkeit hintertreiben können. Nehmen wir an, es tritt ein Candidat auf, den die Regierung durchaus nicht in dem Reichstag haben will: sie confiszirt die Zeitungen, die seine Wahl empfehlen — gesetzlich; sie confiszirt die Wahlaufsätze — gesetzlich; sie verbietet die Wählerversammlungen — gesetzlich; oder sie erlaubt die Wählerversammlungen und löst sie dann auf — gesetzlich; sie verhaftet die Fürsprecher des Candidaten — gesetzlich; sie verhaftet den Candidaten selbst — gesetzlich. Betrachtete man doch neulich sogar einen Reichstagsabgeordneten, und würde doch derselbe noch heut im Gefängnis sitzen, wenn die National-liberalen nicht durch ein Lächeln Bismarck's von der Harmlosigkeit des „Märtyrers“ überzeugt worden wären.“

Was hier vor neun Jahren als das non plus ultra gouvernementalen Hochdrucks, so zu sagen als Ideal einer landrätlichen Wahlleistung hingestellt ward, im Jahre 1878 ist es Wahrheit geworden, ja die Wirklichkeit geht noch weit über jene Hypothese hinaus.

Wir verweisen nur auf den, in heutiger Nummer befindlichen Wahlbericht aus Reichenbach-Neurode. Die dortige Wahl kann überhaupt als Typus der 1878er Reichstagswahlen betrachtet werden, als eine Musterwahl im Sinne der vereinigten reaktionären Masse. Der Landrath, der in anderen deutschen Bundesstaaten andere Titel trägt, und unter diesen die gleiche Leistungsfähigkeit besitzt, steht hier nicht allein. Neben ihm, dem Träger der politischen Macht, steht der Fabrikant, der Träger der ökonomischen Macht. Während der Landrath, unterstützt vom Staatsanwalt, den ganzen Verwaltungs- und Polizeiapparat in Bewegung setzt, schwingt der Fabrikant die Hungerpeitsche, droht mit Entlassungen, übt durch Appell an den Magen den abfesselndsten Gewissenszwang aus.

Wer kann solcher Prozis gegenüber noch von „freier Wahl“ sprechen? Das Wort ist ein Hohn. Natürlich werden unsere Abgeordneten im Reichstage diese Standale zur Sprache bringen und abermals ein Wahlschulgesetz beantragen — das alte in stark verschärfter und verbesserter Ausgabe. Abgesehen von strengen Bestimmungen gegen jedwede Einmischung der Behörden in den Wahlkampf, sowie gegen Bedrohungen und Bestechungen jedweder Art, ist es vor allen Dingen notwendig, das Wahlgeheimnis zu sichern. Nachdem schon bei früheren Wahlen der Artikel 20 der Reichsverfassung, welcher „geheime Abstimmung“ fordert, vielfach verletzt worden, hat bei der heutigen Wahl das Wahlgeheimnis faktisch aufgehört zu existiren. Namentlich ist das Unwesen des Unterschriftenjammerns diesmal fast allgemein gewesen, wenigstens überall da, wo ernsthafteste Wahlkämpfe stattfanden. Dieses „Unterschriftenjammern“ besteht darin, daß durch mehr oder weniger direkten Druck alle wirtschaftlich oder politisch abhängigen Personen gezwungen werden, sich durch Namensunterschrift im Voraus zur Wahl des „Ordnungskandidaten“ zu verpflichten. Die Unterschriften werden dann veröffentlicht, um auf weitere Kreise einen „moralischen Einfluß“ auszuüben, und sind sie auch nicht juristisch bindend, so werden doch Tausende von Wählern, die ein öffentlich, wenn auch mit Widerstreben gegebenes Wort nicht geheim brechen wollen, durch diesen, dem Buchstaben und Geist der Reichsverfassung scharf widersprechenden, unzweifelhaft, wenn die Verfassung gilt, auch strafbaren Kniff gehindert, nach Ueberzeugung zu stimmen.

Ferner wurden die Bestimmungen des Reichstagswahlgesetzes, welche gegen die Kenntlichmachung der Stimmzettel gerichtet sind, diesmal geradezu schamlos bei Seite gesetzt. Nicht nur ergingen sich die Herren Ordnungskandidaten und deren Wahlcomités bezüglich des Formats und der Dicke der Stimmzettel in den tollsten Exzentricitäten; nein, an vielen Orten sorgte man sogar dafür, daß der Name des Ordnungskandidaten durchgelesen und der Zettel unfehlbar erkannt werden konnte, mochte man ihn zusammenfalten wie man wollte. Es war dies z. B. der Fall im Stollberg-Schneeberger Wahlbezirk, wo Name und Wohnort des somosen Berliner Löwe mit so dickem Fett- und so dünnem Papier figurirte, daß der schlaueste zusammengefaltete „Löwezettel“ auf drei Schritte weit den „Ludwig Löwe“ oder den „Fabrikant“ oder das „Berlin“ und damit in jedem Falle den Ludwig Löwe verrieth.

Gegen diesen schändlichen Mißbrauch können nur die von unseren Genossen bereits im Reichstag vorgeschlagenen Stimmzettel-Converts Abhilfe schaffen.

Zum Glück haben auch andere Parteien bei dieser Wahl unter den bezeichneten Unbilden zu leiden gehabt, und es ist

also die Aussicht vorhanden, daß im nächsten Reichstage die Wahlprüfungen gründlicher vorgenommen werden, als bei früheren Gelegenheiten, und daß die Reformanträge der sozialdemokratischen Abgeordneten nicht entweder in der Geburt erstickt, oder in Commissionen begraben werden.

### Die Hauptsitze der deutschen Sozialdemokratie.

Wahlkreise.	Abgegebene Stimmen	Sozial. Stimmen	Soz. St. in Proz.
	in Hundertern.		
1) Glauchau . . . . .	20,2	11,6	57
2) Stollberg . . . . .	15,0	7,9	53
3) Berlin IV . . . . .	40,6	20,2	50
4) Hamburg II . . . . .	25,7	12,5	49
5) Reichenbach (Sachsen) . . . . .	14,2	7,0	49
6) Dresden (r.) . . . . .	15,5	7,4	48
7) Dresden (l.) . . . . .	21,0	9,9	47
8) Altona . . . . .	25,1	11,7	47
9) Weidau . . . . .	21,7	10,1	47
10) Weipzig (Land) . . . . .	24,7	11,3	46
11) Hamburg I . . . . .	23,8	10,5	45
12) Döbeln . . . . .	11,4	5,0	44
13) Nürnberg . . . . .	24,0	10,2	43
14) Freiberg . . . . .	14,4	6,1	42
15) Reuß a. L. . . . .	7,4	3,1	42
16) Chemnitz . . . . .	23,7	9,9	42
17) Wittweide . . . . .	14,5	6,0	41
18) Elberfeld-Barmen . . . . .	27,9	11,4	41
19) Hschopau . . . . .	11,4	4,7	41
20) Berlin VI . . . . .	38,6	15,7	40
21) Tharandt . . . . .	13,1	5,0	38
22) Breslau D. . . . .	18,0	6,6	37
23) Borna . . . . .	13,9	5,0	36
24) Breslau W. . . . .	18,9	6,3	35
25) Magdeburg . . . . .	19,3	6,3	33
26) Reichen . . . . .	12,6	4,0	32
27) Kiel . . . . .	22,2	7,2	32
28) Berlin III . . . . .	21,4	6,9	33
29) Hamburg III . . . . .	21,7	6,7	31
30) Offenbach . . . . .	18,3	5,6	31
31) Bremen . . . . .	20,4	6,3	31
32) Glückstadt-Ottensen . . . . .	18,4	5,5	30
33) Annaberg . . . . .	7,8	2,4	30
34) Flauen . . . . .	12,5	3,7	30
35) Leipzig Stadt . . . . .	20,2	5,8	29
36) Solingen . . . . .	17,6	5,1	29
37) Hanau . . . . .	18,5	5,4	29
38) Hannover . . . . .	24,7	6,6	27
39) Berlin II . . . . .	27,3	7,6	27
40) Jittau . . . . .	7,8	1,9	24
41) Dithmarschen . . . . .	13,9	3,2	23
42) Berlin V . . . . .	15,8	3,6	23
43) Weisensels . . . . .	10,1	2,1	23
44) Gotha . . . . .	16,3	3,5	21
45) Frankfurt a. M. . . . .	19,3	4,1	21
46) Stuttgart . . . . .	19,2	4,1	21
47) Lüneburg . . . . .	7,6	1,6	21
48) Altenburg . . . . .	18,5	3,7	20
49) Zeltow . . . . .	24,0	4,8	20
50) Sorau . . . . .	13,7	2,5	18
51) Mainz . . . . .	18,4	3,3	18
52) Reichenbach (Schlesien) . . . . .	16,7	2,9	17
53) Mannheim . . . . .	15,1	2,4	16
54) Berlin I . . . . .	14,3	2,1	15
55) München I . . . . .	14,0	2,0	14
56) München II . . . . .	24,6	3,3	13

In Braunschweig I. hat der Sozialdemokrat 6800 Stimmen erhalten. In 57 Wahlkreisen allein hat also die Sozialdemokratie 358,000 Stimmen auf ihre Candidaten vereinigt. Außerdem besitzen sich noch in Dutzenden von Wahlkreisen die sozialistischen Stimmen nach Tausenden (z. B. in Dortmund, Halberstadt, Würzburg, Cottbus, Frankfurt a. D., Brandenburg, Weza, Köln, Königsberg u. s. w.)

### Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Wahlstatistik. In den 29 offiziellen Kreisen erhielten wir am 30. Juli rund 240,000 Stimmen; in denselben 29 Kreisen am 10. Januar 1877: 220,000. Wir haben also 20,000 Stimmen gewonnen. Insgesamt erhielten wir am 10. Januar 1877: 485,000; dagegen am 30. Juli, nach genauer Berechnung, rund mindestens 450,000 Stimmen. Nach den Stichwahlen 1877 hatten wir 550,000, nach den Stichwahlen 1878 werden wir haben 500,000 Stimmen. Das ist kein Rückgang, zumal wir in vielen Kreisen diesmal absichtlich nicht candidirten, und in vielen anderen, wo „Zählkandidaten“ aufgestellt waren, nicht agitirten. Hätten wir in ebenso viel Wahlkreisen wie 1877 agitirt, so würde die Stimmenzahl trotz des enormen Drucks und der schamlos brutalen Beeinflussungen und Einschüchterungen unzweifelhaft gut eine Viertel Million mehr betragen haben als vor anderthalb Jahren.

— „Das Ausnahmegesetz“. Ein offiziöser Wahszettel besagt:

„In der Sozialistenvorlage, deren Vorlegung im Bundesrath durch die vorgängigen vertraulichen Erörterungen mit der Regierung etwas verzögert worden ist, sind die Vereine, um deren

Verbot es sich handelt, dahin bezeichnet: Vereine, welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder communistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen.“

Wenn diese Mittheilung richtig, dann ist die neue Gesetzesvorlage eine ebenso monströse juristische Mißgeburt wie die erste Vorlage. Was sind „sozialistische“ Bestrebungen? Das Bismarck'sche Reich-Eisenbahnprojekt und Tabaksmopol sind eminent „sozialistische Bestrebungen“ und sind eminent „auf Untergrabung der bestehenden Gesellschaftsordnung“ gerichtet. Soll also das Ministerium Bismarck als staatsgefährlicher „Verein“ auf Grund des Ausnahmegesetzes aufgelöst werden? Wäre wahrhaftig nicht übel!

— Unter den zahlreichen Niederlagen, welche die nationalliberale Partei in diesem Wahlsfeldzuge erlitten hat, ist die in München vielleicht die schwerste und empfindlichste. Nicht nur daß die Hauptstadt von Bayern verloren gegangen und eine für unbezwinglich gehaltene Festung gefallen ist — auch noch durch die Person des geschlagenen Candidaten wird die Bedeutung der Niederlage erhöht. Es ist Niemand anders als Herr von Stauffenberg, einer der tüchtigsten und angefeindeten Führer der Partei, in Süddeutschland unzweifelhaft der hervorstechendste. Und doch mußte er, mit erdrückender Majorität überwunden, vor seinem katholischen Gegencandidaten, Rechtsrath Ruppert, die Segel streichen. Hören wir wie die „Magdeburgische Zeitung“ jammert:

„Einen überaus traurigen Ausgang hat die Stichwahl im ersten Münchener Wahlkreis genommen. Die zweite Stadt des deutschen Reichs, in deren einem Wahlkreis wenigstens sonst stets die nationale Sache siegte, ist nun ganz in die Hände des Ultramontanismus gerathen. Auch hier wieder hat das besagene werthe Bündniß der Ultramontanen mit der Sozialdemokratie den Ausschlag gegeben. Um das Bündniß zu Stande zu bringen, hat der Münchener Ultramontanismus seine radikalste Seite herausgeholt; der Candidat des Centrums, Rechtsrath Ruppert, versprach mit größter Bereitwilligkeit Alles, was man von ihm haben wollte: keine Ausnahmegeetze, keine indirecten Steuern, Herabsetzung des Militäretats und der Dienstzeit u. s. w., während der nationalliberale Candidat, der langjährige bewährte Vertreter des Wahlkreises, Freiherr v. Stauffenberg, es verschmähte, einen Pakt mit den Männern der sozialen Revolution zu schließen und mit billigen Versprechungen die sozialdemokratischen Stimmen für sich zu ködern.“

Hierzu haben wir zu bemerken, daß Rechtsrath Ruppert mindestens ebenso freisinnig ist als Herr von Stauffenberg und für einen Ehrenmann in des Wortes höchstem Sinn gilt. Gegen Herrn von Stauffenberg haben wir persönlich nichts einzuwenden — im Gegentheil, er ist uns sympathisch und von den Nationalliberalen entschieden einer der Freisinnigsten, aber Herr von Stauffenberg hatte sich im Attentatsdelirium zu Insulten gegen unsere Partei hinreißen lassen, die nicht verziehen werden konnten. Und da Rechtsrath Ruppert sich bereit erklärte, gegen Ausnahmegeetze und gegen Verkümmern des allgemeinen Wahlrechts einzutreten, so handelten unsere Münchener Parteigenossen nicht nur prinzipiell correct und im Parteinteresse, sondern hatten obendrein die Genugthuung, einem Veleidiger der Sozialdemokratie die wohlverdiente Strafe zu applizieren. Herr von Stauffenberg und seine Anhänger mögen sich die Veltion merken!

— Einladung nach Canossa. Das Hauptorgan der katholischen Welt und der Jesuiten, die „Civiltà cattolica“, schreibt über die Riffinger Verhandlungen zwischen Bismarck und Raffella in folger Inbersicht:

„Das wie durch einen Hauber aus den Schlachtfeldern erstandene und für unsterblich gehaltene deutsche Reich steht in Gefahr, durch die Sozialdemokratie in den Abgrund alles Elends zu stürzen. Ueherlich sei es, diese Gefahr mit Polizeimahregeln beschwören zu wollen, das kann mit Erfolg nur die Religion (d. h. die Kirche) mit ihren moralischen Mitteln. Man gebe daher die Kirche frei, anstatt sie zu fesseln, man hebe die Raigeise auf, man lasse Falk mit seinem Kulturkampf verschwinden, man lasse den Bischöfen und Priestern volle Freiheit das Volk zu unterrichten und der studirenden Jugend die Grundlehren des Katechismus einzusprechen — und der Sozialismus wird aufhören, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu bedrohen. . . . Es giebt keine Hülfe für Deutschland, wenn es sich nicht aufrichtig und vertrauensvoll in die Arme der Kirche wirft. Man will dort allerdings um keinen Preis freiwillig nach Canossa gehen; aber man wird nothgedrungen früher oder später nach Canossa gehen müssen, gezogen von den wilden Roffen des Sozialismus!“

Wir und alle sozialdemokratischen Organe haben immer einen solchen Ausgang des „Kulturkampfes“ prophezeit. Die Nationalliberalen und Fortschrittler opponiren jetzt natürlich gegen ein solches Beginnen; Bismarck aber weiß, was er von solcher Opposition zu halten hat — er geht nach Canossa und die Liberalen folgen ihm demüthig nach. Wir aber sind stolz darauf, daß wir es sind, welche solche Wittgänge zu Stande bringen. Aber auch das stolze Rom wird sich beugen müssen, wenn die „wilden Roffe des Sozialismus“ den Siegeszug um die Welt machen. Was Kaiser, Könige und Reichskanzler nicht vermögen, das vermag die Aufklärung in das Volk getragen, das vermag die Idee der Gleichheit auf Erden, die einzige Macht, der sich auch die Kirche beugen wird.

— Der Wunderschwindel unserer Zeit. Prof. Meyer in Bonn hat darüber kürzlich ein Werkchen geschrieben, welches

\*) In einzelnen Wahlbezirken wurden unmittelbar vor der Wahl (damit die Sozialdemokraten nicht Zeit haben sollten, ähnliche Zettel anfertigen zu lassen) an verschiedenen Orten verschiedene Sorten Stimmzettel, einen sehr feinen, die anderen sehr grob, die einen auf dünnes Postpapier, die anderen auf poppbedecktes Notenspapier u. s. w. ausgegeben.

der „Hamburgische Correspondent“ einer sehr wohlwollenden Kritik unterzieht. Hierbei lesen wir in dem sonst so aufklärten Organe folgenden Satz:

„Der Kampf gegen den Aberglauben gehört zu den aller-schwierigsten, schon deshalb, weil er sich überall mit dem im-menschlichen Gemüthe unverfälscht wurzelnden Glauben an eine rettende, helfende übersinnliche Welt berührt und man daher die unschuldigen Auswüchse desselben gern gewähren läßt, um nicht wahrhaft religiöses Gefühl zu verletzen.“

Man läßt also die unschuldigen Auswüchse des Aberglaubens gern gewähren, ohne dabei zu bedenken, daß dadurch der Aberglauben selbst auch in der Wunderschwindselform immer mehr Nahrung findet. In obiger Ansicht aber finden wir die jetzt so recht grassirende Halbheit des Liberalismus, der allüberall gern den Pelz wahren möchte, ohne ihn nah zu machen. Ge-reinigt wird auf solche Art aber der Staats- und Gesellschafts-pelz niemals!

— Die wachsende Verrohung zeigt sich recht deutlich in der Thatsache, daß von liberalen und conservativen Worts-patrioten eine förmliche Bewegung in Szene gesetzt worden ist, um die Begründung des Halbidioten Lehmann-Hödel zu ver-hindern. Man behauptet auch, Fürst Bismarck sei in dieser Richtung sehr thätig und citirt allerhand höchst drastische Worte. Wir glauben jedoch, daß die Patrone, welche dies thun, eine infame Fälschung und obendrein eine indirekte Bismarckbeleidigung erster Klasse begehen. Charakteristisch ist aber dieser Worts-patriotismus der — Guillotine. Und das wirkt der Sozial-demokratie Blutdurst vor!

— Tüchtig hineingefallen. Einen recht bösen Streich hat man dem Redakteur des „Wieslocher Amtsveränderers“ ge-spielt. Derselbe wollte nämlich gegen die bösen Sozialdemokraten nicht bloß in Prosa, sondern auch in Versen zu Felde ziehen; da er aber die Gabe der Poesie selber nicht besaß, so war er höchst erfreut, als er von einem „langjährigen Abonnenten“ ein Poem eingesandt erhielt, überschrieben: „Den sozialistischen Wäh-ler“. Das war ganz nach seinem Geschmack, er las es einmal, er las es zweimal und es gefiel ihm, und er ließ es zum Seyer wandern, und am nächsten Morgen stand es mit großen Lettern im „Wieslocher Amtsveränderer“. Aber ach, am anderen Morgen ließ er sein Gedicht, dasselbe schöne Gedicht abgedruckt in dem sozialistischen „Münchener Zeitgeist“; doch was sollen die fett-gedruckten Anfangsbuchstaben der Verszeilen bedeuten, was will man damit sagen? — aber es wurde bereits schwarz vor seinen Augen; es war ihm Alles klar. „Billig ist der größte Esel in Wiesloch“ — so stand es da in den fettgedruckten Anfangsbuchstaben und so hatte es auch in seinem eigenen Blatte gestanden, wenn dort auch die ersten Buchstaben der Zeilen nicht fett gedruckt waren. Wie es heißt, ist Herr Billig noch in Zweifel mit sich, ob er die Beleidigungsklage gegen sich selbst einleiten lassen soll. — Zu bemerken ist, daß in Wiesloch die erste Prügelei nach den Attentaten war, wo die „Reichsfreunde“ ihre elenden Heldenthaten gegen die eingeschüchterten Arbeiter los-ließen.

— Nochmals ein vernünftiges Urtheil. Die „Tante Woz“ in Berlin, welche in letzter Zeit äußerst schwach und krank geworden ist und sich in der Reaktionsapotheke die Rezepte holt, hat zuweilen noch lichte Augenblicke, in welche sie sich an frühere, bessere Zeiten erinnert. In einem solchen Augenblicke schrieb sie auch nachstehende Sätze nieder:

„So ist durch den Ausfall der Wahlen über allen Zweifel gestellt, daß wir etwas aus ein Gesetz gegen die Sozialdemokraten haben werden. Aber ebenso wenig wie die Berliner Keller da-durch höher gelegt und gehudert werden, daß man sich in der dringenden Noth mit den nächsten besten Mitteln hilft, wird die Ursache der sozialdemokratischen Ueberschwemmungen verstopft sein. Die nächsten besten Mittel gegen die Sozialdemokratie werden viele Schutzwehren der allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten einreißen und während hier ein Loch ver-stopft werden soll, wird an der anderen Stelle ein größeres ent- stehen und die Fluth auf Umwegen gegen die Reaktion herein-brechen. So viel Einsicht bekommen im Lauf der Berathungen positiver Vorträge alle Parteien und selbst die Conservativen

und Ultramontanen werden wegen möglicher Rückwirkungen auf sie selbst dem Kaiser nicht alle gewünschten Vollmachten geben.“

Wenn's nur wahr wird, was die „Tante“ in lichten Augen-blicken wünscht, da sie selbst in ihrem reaktionären Krankheits-delirium oft genug solche vernünftigen Anschauungen wieder per-horrescirt. Doch Eins wollen wir bei dieser Gelegenheit nicht verschweigen. Uns kann ein „Sozialistengesetz“ ganz gleich sein, da wir doch schon außerhalb des Gesetzes gestellt sind — auf ein wenig Mehr kann es gar nicht ankommen. Ja, wir glauben, daß ein Ausnahmegesetz unsere Agitation vielmehr fördern wird. Die liberalen Parteien aber sind durch ihre eigene Schuld end-lich soweit gekommen, daß sie zwischen den bismarckischen Wähl-steinen zermalmt werden. Auch das kann uns recht sein, da der „Liberalismus“ aufgehört hat liberal zu sein. Friede seiner Asche!

— Ein weißer Kabe. Kürzlich hat der Oberst des Hanseatischen Infanterieregiments in Hamburg bezüglich eines Mordes, welcher in dem Regiment an einem Unteroffizier verübt wurde und eines Selbstmordes, den der vorher bis auf's Blut gepeinigete „Mörder“ an sich beging, eine Ansprache an das Re-giment gehalten, in welcher darauf hingewiesen wird, wie not-hwendig es sei, neben der Disziplin auch die Humanität den Untergebenen gegenüber walten zu lassen und wie unwirksam Zurechtweisen und Denunziationsucht gegen die Untergebenen häufig verbittern; namentlich müsse eine verlegende Zurecht-weisung und hochfahrendes Wesen unter allen Umständen ver-mieden werden. — Wir haben die feste Ueberzeugung, daß mancher Commandeur in der Armee des preussischen Deutsch-lands die Stirne runzelt über solchen „Humanitätsdusel“. Strammheit, Strammheit und nochmals Strammheit ist die einzige Parole eines echten preussischen Offiziers. Und leider haben die schwarzen Raben noch überall die Oberhand.

— Aus Brüssel erhalten wir folgende Zuschrift:  
„Genossen in Deutschland!“

Als ein Beweis, wie sehr die reaktionäre Bewegung in Deutschland gegen die Sozialdemokratie, sowie überhaupt gegen jede freiheitliche Bestrebung, das Gegentheil von dem erweckt, welches man mit derselben beabsichtigte, mögen nachstehende Zeilen dienen.

Seit länger denn einem Jahre waren einige hierher ver-sprengte Sozialisten bemüht, einen deutschen sozialistischen Verein zu gründen, und wengleich es im verfloffenen Sommer für eine kurze Zeit zum Bestehen eines solchen kam, so mußte derselbe jedoch wegen mangelhafter Theilnahme wieder aufgegeben werden. Die wenigen deutschen Sozialisten zu sammeln, war eben bei der Zerstreutheit unter einer Bevölkerung von über 200,000 Ein-wohnern nicht möglich, zumal die belgische Gaffreiheit nicht ausgedehnt genug ist, um zu gestatten, daß „Fremde“ in Ver-sammlungen politische Tagesfragen besprechen, einen politischen Verein bilden oder sonst „Politisches“ vornehmen, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, über Nacht ausgewiesen zu werden. In Folge dieser und noch anderer Umstände konnte es bisher am hiesigen Orte noch nicht zu einem sozialistischen Verein kommen. Doch da kamen die zwei Attentate und die Verleum-dungssucht der „Ordnungs“-Presse. Und siehe da: die „Kö-nigliche Zeitung“, die „Tribüne“ nebst „Kladderadatsch“, welches die hauptsächlichsten hier gelesebenen deutschen Zeitungen sind, be-wirkten, was uns zu bewirken nicht möglich war. Durch ihre verlogenen Berichte und schamlosen Verleumdungen nicht allein der sozialistischen Arbeiterpartei, sondern des ganzen deutschen Arbeiterstandes föhlt sich jeder denkende Arbeiter auf das Tiefste gekränkt, er sucht und findet Gleichdenkende. So fanden sich denn einige zwanzig Arbeiter zusammen, welche auch alsbald zur Gründung eines Vereins schritten, der wohl auch mit dem spießbürgerlichen Fremdenrecht, welches hier im Lande der Schein-freiheit waltet, nicht in Conflict gerathen wird. Unter dem Namen „Deutscher Leseverein“ constituirte sich am Sonntag den 4. d. M. der Verein; derselbe bildet nun eine Sektion der „Vlaamsehe socialistische Arbeiderspartij“ (Blämische sozia-listische Arbeiterpartei) und hat den Zweck, durch Anschaffen von sozialistischen Schriften und Zeitungen, Abhalten von Vor-trägen und Diskussionen es den Mitgliedern möglich zu machen, sich mit dem Gang der Dinge in Deutschland auf dem Laufenden

zu halten, sowie sich in der Sache selbst weiterzubilden. Ferner hat der Verein noch den Zweck, nothleidende Sozialisten zu unterstützen, und begreift hierunter selbstverständlich hier zu-reisende Genossen, welchen mit Arbeitsnachweis u. s. w. zur Hand gegangen und nöthigenfalls materielle Unterstützung ertheilt werden soll; es müssen jedoch solche Genossen mit schriftlicher Empfehlung seitens der Redaktion irgend eines sozialistischen Journals oder einer bekannten Persönlichkeit versehen sein. An dieser Stelle glauben wir jedoch hervorheben zu müssen, daß die Geschäfte im Großen und Ganzen hier, gleichwie überall sonst, schlecht gehen, so daß ein großer Theil der hiesigen Arbeiter aller Branchen beschäftigungslos ist, weshalb Genossen, welche nicht durch zwingende Gründe veranlaßt sind, im Ausland ihre Zuflucht zu suchen, besser thun, in Deutschland zu bleiben. Man hat hier alle Tage Gelegenheit zu sehen, wie zugereiste deutsche Arbeiter sowohl als kleine Geschäftsleute, nachdem das mitge-brachte Geld verzehrt ist, in Noth und Elend gerathen und froh sind, wenn sie wieder nach Deutschland zurückkommen können. Genossen, welche hierher zu kommen beabsichtigen, wollen, soweit dieses thunlich, bei der unterzeichneten Adresse beliebige Anfragen machen; auf alle Franko-Anfragen wird umgehend, soweit dieses möglich, Franko-Antwort ertheilt.

Genossen in Deutschland! Mit Freuden begrüßt der Verein Eure stolze und männliche Haltung im Wahlkampfe und die am Wahltag, dem 30. Juli, gegebene Antwort auf all jene Lügen, Verleumdungen und Einschüchterungen, mit welchen die vereinigten Gegner eine Partei beseitigen zu können glaubten, deren Prinzipien auf den unumstößlichen Gründen der Wissen-schaft ruhen und die auch, um einen biblischen Ausdruck zu ge-bräuchen, die Pforten der Hölle nicht überwältigen werden. Die Beharrlichkeit und Ruhe, mit welcher Ihr für Eure Sache, welche auch die unsrige ist, kämpft, soll uns zum Vorbild dienen, und seid versichert, daß auch wir, wiewohl wir nicht am directen Kampfe Theil nehmen können, doch für die Verbreitung unserer Prinzipien mit allen Kräften wirken werden. Und nun ein früh-liches Glück auf zu den Stichwahlen!

Im Auftrag des Vereins  
Der I. Sekretär Alons Westhus,  
rue du Canal 7, Bruxelles.

NB. Das Vermögen des „Deutschen Arbeitervereins“, welcher im vorigen Jahre hier bestand, war bei mir deponirt; ich habe dasselbe dem neuen Verein übergeben, womit ich mich meines Auftrags im Sinne meiner Auftraggeber entledigt zu haben glaube. Dies den mittlerweile abgereisten Genossen zur Nach-richt.  
A. Westhus.

— Der Louis seiner eigenen Frau und Massenmörder Gallifet ist über Nacht ein berühmter und respektabler Mann geworden. Herr Gambetta hat entdeckt, daß der Mann — Talente hat und zielt darauf hin, ihn an die Spitze der fran-zösischen Armee zu stellen. Das fehlte noch an dem Ruhme des Herrn Gambetta und seiner — Republik! Die französischen Arbeiter, deren Väter und Brüder in der „blutigen Maiwoche“ zu Tausenden auf Commando dieser Bestie in Menschengestalt niedergebroschen wurden, werden sich anlässlich dieser neuesten „Freundschaft“ des Herrn Ehren-Gambetta des Sprichworts erinnern: Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist. — Apropos, sollte Herr Gallifet sich wieder mit einer Frau versehen haben, — die erste ist inzwischen zu alt geworden, mit der er sein altes Geschäft ausübt? —

— Die Oesterreicher sind über Nacht zu einem blu-tigen Krieg gekommen. In Bosnien müssen sie sich jeden Fußbreit Landes mit schwersten Menschenopfern erkämpfen, und wenn sie dann schließlich gesiegt haben — nun dann haben sie für „Väterchen“ an der Rewa die Kastanien aus dem Feuer ge-holt. Um sich selber und das dankensfähige Publikum zu täuschen, fälseln die Andrassy und Consorten von einem „communistischen Aufstand“ in Bosnien, der im Interesse des Eigenthums und der Cultur unterdrückt werden müsse. Die austriatischen „Com-munisten“ sind die großen muhamedanischen Grundbesitzer, die auf ihr Land genau so gute Eigenthumstitel haben, wie die deutschen Abtgenossen u. auf ihre Väter und Kaiser Franz Joseph auf seinen Thron. —

## Die dritte Abtheilung des Cabinets des weißen Czaren.

(Schluß.)

Nun war in vielen Fällen, so paradox es klingt, das Wirken der Gendarmerie ein segensreiches. Die moralischen Mängel des russischen Beamtenstandes sind zu bekannt, als daß wir hier dabei zu verweilen brauchen. Hohn, Spott und die feinseligsten An-griffe sind über diese Menschenklasse seit zwei Menschenaltern mit einer Haarenwerthen Energie ergossen worden. Viel seltener aber wurde die Frage aufgeworfen, woher kommt diese Er-scheinung? Und von hundert Fragen, die in diesem Sinne laut wurden, erhielten neunzig gewiß die sehr bequeme Antwort: Un-zuverlässigkeit und Unredlichkeit liegen im russischen National-charakter. Selten nur waren die Stimmen, welche das Unsinnige in dieser Behauptung, die ein ganzes großes Volk entehrt, zu widerlegen versuchten. Und doch ist die Widerlegung gar nicht schwer, denn der russische Kaufmann, wie der Gewerbetreibende und der Handwerker sind im Großen und Ganzen ein ebenso ehrenwerther, zuverlässiger, als höflicher und gutmüthiger Menschenschlag. Kein Fremder lebt auch nur ein Jahr lang unter echten Russen, ohne diese Eigenschaften zu entdecken und seine ungünstigen, vortheilhaften Urtheile zu bereuen, wenn er vielleicht auch nicht den moralischen Rath hat, es auszusprechen.

Woher kommt es nun, daß gerade die Klasse der Beamten unter Alexander und noch mehr unter Nikolaus ein so schlechtes Renomme, und entsetzlichen mit Recht, erhalten hat, während gegenwärtig die allgemeine Stimme des russischen Publikums, wo sie nicht durch Parteilichkeit gefälscht erscheint, freudig anerkennt, daß auf diesem so unerfreulichen Gebiet, das den Bestand des ganzen Staatslebens zu gefährden schien, viel, un-endlich viel sich gebessert hat und eine stetig fortschreitende Besserung nicht zu verkennen ist?

Die richtige Antwort auf diese Frage klingt wunderbar genug, sie beruht aber in der Wahrheit: die Regierung selbst veranlaßte die grenzenlose Corruption des damaligen Beamtenstandes, und zwar dadurch, daß sie ihn fast verhungern ließ. Während in Petersburg und anderen, den Fremden zugänglichen Orten den Beamten ihr Gehalt pünktlich und baar gezahlt wurde, um den Anschein eines geordneten Staatswesens aufrecht zu erhalten, erhielten in den ganzen weiten Provinzen des ungeheuren Reiches die Beamten aller Kategorien, Offiziere wie Civilisten, oft ganze Halbjahre hindurch kein Gehalt, und wenn es gezahlt wurde, gaben die Finanzbeamten entwerthetes Papiergeld an die un-glücklichen Leute aus, die nun erst recht dem Duzereren verfielen, bei dem Versuch, die gemachten Schulden abzutragen. So waren

diese Leute, hoch und niedrig, geradezu angewiesen auf unred-lichen Erwerb aller Art.

Schnell fertig war die Welt mit ihrem Urtheil, wenn sie hörte, daß zwei Obersten, deren Regimente die Garnisonen wechseln sollten, einfach nur die Nummerknope der Uniformen tauschten und die Marsch- und Verpflegungskosten mit ihren Untergebenen, so weit sie eingeweiht werden mußten, theilten. Daß aber der Czar diesen Regimentern und ihren Offizieren vielleicht seit Monaten den Sold schuldete, wurde nicht dabei gesagt. Wenn man weiß, daß die Stelle eines Präsidenten mit 400 Rubeln dotirt war, die eben nicht pünktlich oder voll gezahlt wurden, dann mindert sich das unwillige Erstaunen, wenn man hört, daß eben derselbe einem 50-Rubelschein nicht unzugänglich gewesen.

Weil jede Art von Controle für die Verwaltung der Staats-finanzen fehlte, so war dieses Uebel auch unheilbar, und auch die genaueste Ueberwachung durch die Gendarmerie konnte da nichts helfen. Deren Chefs hüteten sich auch wohl, dergleichen offene Schäden dem Blick des Herrschers darzulegen.

Da trotz aller Ueberwachungen, trotz aller scharfsinnigen Be-mühungen der Gendarmerie während der ganzen Dauer von Nikolaus' Regierung weder die politischen Umtriebe nachließen, noch das ebenso streng verpönte Einschmuggeln aufklärender Bücher aufhörte, zwei Sachen, die dem Czaren ganz besonders ein Dorn im Auge waren, so blühte unter seiner Regierung diese Institution wie nie zuvor.

Das Wunderbarste an der Sache ist, daß sie zur Stunde ganz wieder in derselben Blüthe steht, wie unter Nikolaus. Dies aber hängt so zusammen: Der jetzige Czar führte 15 Jahre hindurch seine weltbekannten Reformen durch, und seinem Charakter ganz besonders mußte eine Einrichtung, wie das Gendarmeriecorps, unsympathisch und zuwider sein. Trotzdem war eine Auflösung dieser Polizei, wie die Sachen einmal lagen, absolut unthunlich. Man konnte aber ihre Thätigkeit in Bohnen lenken, wo sie wirklich dem Volkwohl diente, und dies geschah.

Lange Jahre hörte und sah man nichts mehr von jener furchtbaren, geheimnißvollen und deshalb so verhassten Thätigkeit jenes Corps, in Folge deren Beamte und Privatpersonen vom bisherigen Schauplatz ihres Wirkens verschwanden, entweder auf Nimmerwiedersehen, oder um nach Jahren in einer viele hunderte Meilen entfernten Stadt eine neue Thätigkeit zu beginnen. Und so lähmend wirkte diese unsichtbare, allgegenwärtige Macht, daß der Sohn nicht wagte, über das Loos zu trauern, das den Vater ereilt, daß der Bruder nicht zu fragen wagte, warum der Bruder seiner Stelle enthoben, in ein Grenzdorf am Amur ver-bannt sei!

Unter Alexander II. war dies anders. Indem er aus Mit-gliedern des immer noch sein Scheinleben fristenden Senates einen Rechnungshof mit wirklichen Befugnissen zur Controle der inneren Finanzverwaltung schuf, indem er die seit Katharina's Zeiten immer mehr vernachlässigten Ständeversammlungen wieder berief und dafür sorgte, daß ihre Stimme auch wirklich gehört wurde, that er schon viel. Den segensreichsten Fortschritt aber machte seine Regierung, indem sie den erimierten Gerichtsstand der Beamten bis auf gewisse Reste aufhob. Damit hat der Kaiser den Grund gelegt zu einer Hebung des russischen Beamtenstandes, die ihre segensreichen Folgen von Tag zu Tag fühlbar macht. Vor Allem dringt mächtig die Ueberzeugung in's Volk, daß ihm jetzt auf gegründete Klage Gerechtigkeit wird. Früher glaubte der Russe absolut nicht, daß ein Beamter überhaupt wegen eines Uebergriffs nach unten bestraft wurde. Woher auch sollte ihm der Glaube kommen? Der Uebelthäter wurde verfehrt, das war Alles. Ob zur Strafe oder vielleicht zur Belohnung für einen gefälschten Bericht in eine besser dotirte Stelle, das Publikum erfuhr es nicht. Oft aber erfuhr es, daß Derjenige, der den früheren Beamten verklagt, ein böses Rencontre mit seinem Nachfolger gehabt.

Das war nun anders geworden, und wie die Handhabung der neuen Gerichtsbarkeit mehr und mehr sich einlebte im Volke, da wurde auch der Gendarmerie ihr früheres Arbeitsfeld ent-zogen, und sie trat, gewiß am meisten zur Freude ihrer eigenen Beamten, auf das Gebiet über, welches sie überall in den west-lichen Culturstaaten beherrscht. Sie wurde die Stütze der Ver-waltung in der Criminaljustiz auf dem platten Lande. Wahr-lich, dies war keine Sinecure, die sie antrat. Es herrscht heute gewiß weder bei dem Kaiser selbst, noch bei den Männern, die ihn in seinem Reformwerk unterstützen, darüber ein Zweifel, daß man, fortgerissen vom edelsten Willen, zu rasch gewesen ist und Geister entfesselt hat, die man nicht wieder los wird und die dem jungen Triebe der aufblühenden Cultur im höchsten Grade verderblich werden können.

Schon damals erhoben sich in des Kaisers Umgebung mehr-fach Stimmen dafür, wenigstens für Kronpolen ein Gendarmerie-corps nach der früheren Weise in's Leben zu rufen. Der Kaiser widerstand. Was bezüglich des Gegentheils auch von Seiten der Polen und Engländer um die Wette versichert worden ist, um den von Seiten der ersteren organisirten Mordanschlag zu beschönigen, den die sogenannten Hänge-Gendarmen ausübten an einzelnen russischen Soldaten, wie russisch gefinnten Privat-personen, es ist kein Wort daran wahr. Rußland hat nur seine amtlich organisirte Polizei und die Armee zur Bewältigung des Aufstandes verwendet.

— Genosse Zeitwitzer in Barmen, welcher 46 Tage in Untersuchungshaft gefesselt hat, ist nunmehr auch in zweiter Instanz freigesprochen und entlassen worden. Nach der Freisprechung in erster Instanz appelliert nämlich immer der Staatsanwalt von Barmen und beantragt die weitere Untersuchungshaft des Betreffenden; merkwürdig nun, daß das Gericht solchen Anträge fast immer entspricht. — Am letzten Montag wurde Genosse Mann zu 1 Jahr, Schneid zu 10 Monaten verurteilt, Hasselmann aber von der Appellkammer freigesprochen, doch wiederum auf Antrag des Staatsanwalts, welcher Kassation anmeldete, in Haft gehalten.

— Parteigenosse Müller aus Langen im Kreise Offenbach, der sich im letzten Wahlkampfe ganz besonders bewährt hat, wurde am 9. August, am Tage nach der Stichwahl, verhaftet. Gründe sind nicht angegeben. — Genosse Klemich, der bekanntlich in Glauchau in Untersuchungshaft sich befindet, soll einer Behandlung unterworfen sein, aber welche er sehr entrüstet ist. Klemich ist sogar von periodisch auftauchendem Wahnsinn befallen gewesen, ohne daß sich die Gefängnisverwaltung bemüht hat, dies seiner Frau mitzutheilen.

— In Solingen siegte der konservative Landrath Welbeck mit 9685 Stimmen über unseren Parteigenossen Rittinghausen, auf welchen 7299 fielen. Die Nationalliberalen stimmten mit den Konservativen, während sich die Liberalen der Wahl enthielten.

— Im Kreise Hagen wurde der „edle“ Eugenius Schimpf-Richter durch die Sozialisten und Ultramontanen Gnaden gegen den Schutzöllner Bued (letzterer früher Fortschrittler, von rheinischen Fabrikanten aber für den Schutzoll angekauft) gewählt.

## Correspondenzen.

**Reichenbach-Neurode.** (Wahlbericht und Wahlkandaloja.) Während uns der Wahlkampf eine formelle Niederlage gebracht, haben sich die Liberalen aus Furcht vor uns den Tod gegeben, sie sind ohne Sang und Klang in's reaktionäre Lager gelaufen. Noch vor anderthalb Jahren hatten die Liberalen hier circa 4500 Stimmen, die Konservativen nur 1000. Groß wie die ersteren nun aber einmal sind, wenn es gilt die eigenen Prinzipien zu verleugnen, vereinigten sie sich mit den Konservativen, und Minister Dr. Friedenthal ließ sich erweichen und erlaubte den Liberalen, ihm ihre Stimme zu geben. Und so ist er denn gegen Aug. Kapell und den Kandidaten des Centrums mit einem Mehr von 75 Stimmen Sieger geblieben. Daß auch hier wie meist überall Wahlbeeinflussungen und Ungehörigkeiten aller Art gespielt, ist so selbstredend, daß es kaum besonders gesagt zu werden braucht; wir wollen uns also auch nur darauf beschränken, die kräftigsten Fälle zu constatieren.

Die Möglichkeit, Versammlungen abzuhalten, existiert für unseren Kreis schon seit Jahren nicht mehr; während des Wahlkampfes haben wir auch nicht die kleinste Versammlung abhalten können. Auch in die gegnerischen Versammlungen konnten wir nicht gehen, weil stets nur sogenannte „Reichstreue“ Zutritt hatten, und so konnten uns denn die reichstreuen Herren fast auf jedem Dörfchen in der gemeinsten Weise verlästern. Man war auch unverschämmt genug, uns in den Flugblättern direkt Königsmörder, Berichter von Gesetz und Recht, Herführer des Eigentums u. s. w. zu nennen. Diese Flugblätter hatte unter anderen auch der königl. Landrath von Neurode — Graf Pfeil ist der Name des Adlen — mitunterzeichnet; dieselben waren vielfach in den Ausschüßelassen der Standesämter und Amtsverwaltungen angeheftet, ebenso der Artikel der „Provinzial-Correspondenz“: „Was die Regierung durch die Neuwahlen erreichen will.“ Dieser Artikel war auch unter den amtlichen Bekanntmachungen in den Kreisblättern zu lesen.

Für den Landrath von Neurode scheint ein Preßgesetz gar nicht zu existieren, denn er ließ nicht nur sämtliche von uns herausgegebene Flugblätter sofort nach ihrem Erscheinen confiscieren, die Amtsvorsteher und Bürgermeister nahmen auch vielfach unsern Ausdrägen die Stimmzettel in Tausenden von Exem-

plaren weg und noch jetzt, acht Tage nach der Wahl, liegen circa 7—8000 Kapell'sche Stimmzettel in den Amtsstuben des Neurodaer Kreises begraben; ein Amtsvorsteher allein nahm 3146 Stück weg.

Bis jetzt ist nur wegen zwei unserer Flugblätter das gerichtliche Verfahren eingeleitet; trotzdem ist das dritte, welches ebenfalls in Tausenden von Exemplaren weggenommen wurde, dem Herausgeber noch nicht zurückgegeben worden. Daß Gensdarmen und sonstige Amtspersonen die bereits verbreiteten Flugblätter und Stimmzettel von Haus zu Haus wieder abholten, ist auch nicht selten vorgekommen.

Der Landrath von Neurode hat auch nach der Versicherung mehrerer Amtsvorsteher Befehl gegeben, es dürfe von den Sozialisten nichts verbreitet werden, was er nicht vorher gesehen habe, was er aber sieht nimmt er weg, und so ist denn die Censur glücklich wieder eingeführt, ohne daß es dazu eines Gesetzes bedürfte. Bereits bei der vorletzten Reichstagswahl wurde in Neurode die Broschüre von Brade: „Nieder mit den Sozialdemokraten“ confisciert. Es geht eben nichts über Neurode, wie mag's wohl in Rußland aussehen? — Daß unsere Flugblätter und Stimmzettelverbreiter im Reichenbacher Kreise vielfach sitzt, in Neurode, dem Gebiet des Polizeigewaltigen Grafen Pfeil, gar verschiedentlich auf längere Zeit der Freiheit beraubt wurden, so in Wünschelburg — ist nach Obigem nicht mehr zu verwundern.

Während also in Neurode der Büttel wirtschaftete, waren es im Reichenbacher Kreise die Fabrikanten, welche den Wählern mit der Hungerpeitsche vor den Augen herumfuchtelten. Der Freiherr von Nichthofen-Brechelsdorf auf Faulbrück ging sogar so weit, in einem Erlaß an seine „freien Arbeiter“ Diejenigen, die sozialistisch wählen würden, mit sofortiger Entlassung zu bedrohen, was zwei liberal feinnäsende Käseblätter als „sehr nachahmungswürdig“ abbruderten, während man sich in den meisten andern Geschäften damit begnügte, den Arbeitern das Lesen der sozialistischen Blätter u. s. w. bei Strafe sofortiger Entlassung zu verbieten. Selbstverständlich vergah man auch nicht, den Arbeitern gelegentlich mit der höchsten Ungnade zu drohen, wenn dieselben nicht die von ihren Herrn und Meistern gelieferten Friedenthal'schen Stimmzettel — für welche man, um die Kontrolle zu ermöglichen, eine eigne Legation (Art des Zusammenfassens) beliebt — abgeben würden. In den meisten Wahllokale bildeten denn auch die bedeutendsten Fabrikanten des Bezirks das Wahlbureau, nahmen also die selbst angehefteten Stimmzettel von ihren Arbeitern wieder entgegen. Die Commis und sonstigen Angestellten fungierten als Führer der Doppellisten oder als Schlepper der lässigen Wähler. Die Doppellisten hatten natürlich die konservativen Wahlcomités ohne Mühe erlangt. Widerspenstige Wähler wurden per Wagen zum Wahllokal transportiert, dort von ihren „Herren“ oder deren Angestellten in die Mitte genommen und mit dem Friedenthal'schen Zettel in der Hand bis zur Urne geleitet. Diese Wahl war wirklich sehr „frei“.

Auch der Schnaps hat bei der Wahl des Herrn Ministers eine nicht unbedeutende Rolle gespielt, während man wieder an anderen Orten die gehorsamen Wähler mit einem 10 Pfennig-Nickel, theilweise auch nur mit 5 Pfennigen entschädigte. Auf den kleinen Orten hinter Peterswaldau, wo ein gut Theil der Einwohner schon seit Jahren im Winter nur durch Almosen vor dem Hungertode gerettet worden ist, wagten die meisten nicht sozialistisch zu stimmen, weil sie nicht mit Unrecht fürchteten, daß dann im nächsten Winter die Bettelbroden zurück bleiben würden.

Kurz und gut, was List, Unverschämtheit, Verachtung von Recht und Sitte unter theilweiser Verletzung der Gesetze zu leisten im Stande waren, das haben die Konservativen im Bunde mit ihren liberalen Handlangern diesmal geleistet. Die sogenannte „freie Wahl“ ist bereits zum Kinderespielt geworden. — Bei der amtlichen Zusammenstellung des Wahlergebnisses sah sich der Wahlcommissar, Landrath Clearius, genöthigt zu erklären, daß im Reichenbacher Kreise die amtlichen Gegenlisten vielfach nicht in Ordnung seien, während im Neuroder Kreise fast keine einzige in Ordnung sei.

Ist es nach alledem noch zum Vermundern, wenn wir fast die Hälfte unserer Stimmen verloren? Gewiß nicht! Ein Wunder ist es eher, daß wir überhaupt bei dieser schon so lange

frühere einflussreiche Stellung zu versehen. So geschah es denn 1869.

Wieder treten wie sonst Männer, die dem Kaiser zunächst stehen, an die Spitze der Gendarmerie, wir finden da Ignatiess, Flügeladjutant und Oheim des vielgenannten Diplomaten, Schwaloff, jetzt Gesandter in London u. s. w.

Wieder wie sonst aber regiert auch nun in der That mit Hülfe seiner Gendarmerie der Kaiser selbst, trotz aller staatsrechtlichen Decorationen. Sind wichtige Entschlüsse zu fassen, so werden wohl die Minister zusammenberufen unter des Kanzlers Vorsitz, aber keineswegs immer vollzählig oder allein; Mitglieder des Senats, oft auch Militärs oder andere dem Kaiser nahestehende Personen nehmen Theil an diesen Beratungen, die auch niemals den offiziellen Titel eines Staatsrathes, sondern einer Ministerconferenz führen. Der Chef der Gendarmerie fehlt nie dabei.

Wieder wie sonst reicht das Netz seiner Verbindungen über alle politisch wichtigen Gouvernements, über Alles ist er unterrichtet, und wie sonst ist sein Arm weitreichend und furchtbar.

Man könnte tausend Beispiele anführen, um zu zeigen, wie die allgemeine Stimme gegen das Institut der Gendarmerie sich wendet und um den ungeheuerlichen Beschluß des Schworenengerichtes zu erklären, welches den Chef dieses unheimlichen Inquisitionsgerichtes für vogelfrei erklärte.

Damit ist aber auch der Stab über diese Einrichtung gebrochen, die Regierung muß sie früher oder später fallen lassen. Die Hauptsache ist unbestreitbar, im heutigen Rußland ist kein Raum mehr für eine offizielle, anerkannte Geheimpolizei. Und das ist immerhin ein erfreuliches Zeichen der Zeit.

— Zur Rohheitsstatistik. In der „Deutschen Reichszeitung“ des Herrn Sybel, also in einem sozialistenfreundlichen Blatt, findet sich folgendes erbauliche Culturbild in Gestalt einer Correspondenz aus Bonn d. d. 1. August:

„Vor dem Wahllokale auf der Sandkaule wurden vorgestern Mittag von einem Handwerker (die Sozialdemokraten wollten an Rheine die Probe machen) Zettel mit dem Namen Bebel vertheilt. Sobald unter den Liberalen ruchbar wurde, daß Bebelzettel ausgegeben werden, fürzten sie auf den Zettelvertheiler zu und verhöhnten denselben. Als derselbe ihnen ihre mangelhafte Bildung nachwies, schimpften sie noch ärger und forderten mit vielem Geschrei und Gebrüll den im Lokale sich aufhaltenden Polizeibeamten auf, den Sozialdemokraten zu verhaften, was auch geschah. Brüllend und jodelnd mit dem Ausrufe: „Schlagt ihn todt den Hund“, „bindet den

mit dem Hunger kämpfenden Bevölkerung noch ca. 3000 Stimmen aufbrachten. Dank diesen Braven, sie haben gehandelt wie es Männern ziemt. Wir sind moralisch unterzogen und werden auch formell wieder den Sieg erringen. Es lebe der „freigewählte“ Abgeordnete Minister Dr. Friedenthal! Die Beanstandung der Wahl wird besagt werden.

**Chemnitz, 12. August.** Unser Chemnitzer Parteiorgan schreibt: Neun Mann Polizei erschienen am Sonnabend in unseren Geschäftslokale, um strenge Haussuchung zu halten nach den Statuten und dem Stempel eines nach Herrn Siebrats' Meinung hier existierenden geheimen sozialdemokratischen Vereins. Wir sahen mit Bedauern die Beamten bei ihrer beschwerlichen Arbeit, die schlechterdings vergeblich war, denn es giebt in Chemnitz keinen geheimen sozialistischen Verein, folglich auch keine Statuten und keinen Stempel eines solchen. Wir hatten in letzter Zeit Prozesse, Verhaftungen, Auflösungen und Confiscationen; nur eine Haussuchung fehlte noch, wir freuen uns darüber, daß wir nun auch diese erhielten. Es ist schon der Vollständigkeit wegen.

**Wittgensdorf, 12. August.** Gestern sollte hier eine sozialistische Wählerversammlung stattfinden. Obwohl dieselbe den „reichstreuen Männern“ von Chemnitz gar nichts anging, da es lediglich Sache der Wähler des 15. Wahlkreises ist, wen sie in den Reichstag senden wollen, war doch die ganze Sprenggarde aus Chemnitz, etwa 60 Mann stark, rechtzeitig eingetroffen, um die Versammlung zu stören. Es zeigte sich aber, daß die Langmuth, mit welcher die Sozialisten bisher den reichstreuen Erzeugen in Versammlungen zuhören, aufzuhören beginnt. Eine Anzahl Wähler des 15. Wahlkreises hielten die Treppe des Lokals besetzt und wiesen ohne Unterschied jeden Wähler eines fremden Wahlkreises zurück. Die Schaar der Reichstreuen aus Chemnitz versuchte nun die Treppe zu stürmen und mit Gewalt in das von den Sozialisten gemiethete Lokal einzudringen. Diese Gewalt fand kräftige Gegenwehr und es kam zu Thätlichkeiten, wobei die Reichstreuen gar gewaltige Schläge davon trugen. Binnen wenigen Minuten war die Treppe von ihnen gesäubert und es wurde auch kein weiterer Versuch zum Hausfriedensbruch mehr gemacht. Trotzdem hielt es der Gemeindevorstand für nöthig, die Abhaltung der Versammlung zu verbieten, ausdrücklich mit der Motivierung, daß weitere Störungen durch die ausgesperrten Reichstreuen zu befürchten seien. — Daß die Reichstreuen in Wittgensdorf Prügel bekommen haben, thut uns zwar leid, wir billigen es auch nicht, aber wir erinnern nur daran, daß früher im 16., sowie im 15. Wahlkreise unsererseits überall den Gegnern Redefreiheit gewährt und musterhafte Ordnung gehalten wurde. Die „reichstreuen Männer“ waren es, welche an Stelle dieser Ordnung die Bergewaltigung proklamirten, die man sich natürlich auf die Dauer nicht gefallen lassen kann. Sie haben sich deshalb die Folge ihres provozirenden Vorgehens selbst zuzuschreiben.

**Limbach, 13. August.** Vergangenen Sonnabend fand hier eine sehr gut besuchte Wählerversammlung statt, in welcher Herr Nauert aus Leipzig über die bevorstehende Stichwahl unter allgemeinem Beifall referirte. Schon am Nachmittag hatten wir erfahren, daß die „reichstreuen Männer“ aus Chemnitz ihr zahlreiches Erscheinen telegraphisch angezeigt hätten; und richtig, gegen 8 Uhr kam denn auch die erste Sendung per Omnibus an. Wir hatten jedoch wenig Lust, uns unsere Verhandlungen von den aus der Chemnitzer Wahlbewegung zur traurigen Berühmtheit gelangten Spreng-Gardisten stören zu lassen und hatten schon durch Plakat Jedem, der nicht Wähler des 15. Wahlkreises ist, bei Anwendung des Handrechts den Eintritt verboten. Doch was kümmert das Recht diejenigen, die bei jeder Gelegenheit dasselbe unter lautem Gebrüll zu vercteten vorgeben! Daran gewöhnt, sich mit ihren Rohheiten hinter dem „Patriotismus“ und schließlich hinter die Polizei zu verdecken zu können, wollten auch hier diese „Ordnungs“-Störer, als man sie nicht gutwillig zulassen wollte, mit Gewalt eindringen und so blieb uns denn nichts Anderes übrig, als die Eindringlinge die Treppe hinabzuwerfen. Die „gebildeten Herren“ mußten also die Pferde wieder vor den Omnibus spannen und dahin fahren, wo sie hergekommen waren. Eine zweite Ladung erparierte sich nach oben gemachten Erfahrungen der ersteren das Aussteigen und strotzte von dannen. Bemerkte sei noch, daß der von den Chemnitzer Sozialistenfressern herbeigerufene Gensdarmarie-Brigadier erklärte,

Kaisermörder, haut ihn“, folgte die „gebildete Rotte“ ihm auf die Wache. Dasselbst wurde er untersucht, und wurden ihm die Fettel, Uhr, Hauschlüssel und Portemonnaie mit 48 Pf., ein Exemplar der „Freien Presse“, des „Vorwärts“ und sein Notizbuch abgenommen. Auch die Mitgliedskarte der Gewerkschaft der Schuhmacher und verwandter Gewerbe wurde confisciert. Gegen 4 Uhr wurde er dem Herrn Polizei-Commissar vorgeführt und nach kurzem Verhör entlassen. Sofort trat er seinen Weg wieder zum genannten Wahllokal an, um für Bebel weiter zu agitieren.

Wir werden über diesen Ertrag des „gebildeten Pöbels“ noch ausführlicher berichten. Nur so viel noch, daß unser Genosse von dem Ordnungsgesinde auch körperlich mißhandelt wurde.

— Fünfzig Jahre am Seherkasten. Das „Wiener Tageblatt“ berichtet: „Das Personal der Hof- und Staatsdruckerei feierte am 10. August eine seltene Feier: Fünf Männer aus der bewährten alten Garde der Staatsdruckerei begehen fast gleichzeitig ihr fünfzigjähriges Seher-Jubiläum: die Herren Woebler, Burt, Gieselmayer, Ratonisch und Grammelmayer haben durch fünfzig Jahre als treue Pioniere der Bildung und der Wissenschaft, als wahre Träger der Cultur am Seherkasten gewirkt. Zur Feier dieser ehrenvollen Wirksamkeit während eines halben Jahrhunderts findet in der Bierhalle von Dreher am 10. August ein Bankett statt, an welchem die Jünger Gutenberg's zweifellos sehr zahlreich theilnehmen werden. Eine Foesen zur Verendung gelangte Festschrift enthält die Biographien und die gelungenen Photographien der fünf Jubilare. Die Greise sehen noch sehr rüstig und wohl aus und wirken noch sämmtlich in der Staatsdruckerei, Herr Burt als Factor, Gieselmayer als Seher, Grammelmayer als Corrector, Ratonisch als Seher und Woebler als Expeditions-Factor.“

Was von derartigen Festen zu halten ist, darüber haben wir uns schon oft ausgesprochen. Von Tausend „treuen und ehrlichen Arbeitern“ trifft kaum Einen die „Ehre“ einer derartigen „Anerkennung“, und wem die „Ehre“ trifft, dem wird in der einen oder anderen Form als „Gnade“ nicht ein Hundertstel dessen zu Theil, was er unter vernünftigen Verhältnissen als Recht zu beanspruchen hätte. Doch, nicht um diese Betrachtung zu machen, drücken wir obige Notiz ab, sondern um hervorzuheben, daß es eine Staatsdruckerei ist, in welcher die Feier vorgekommen. Wir glauben nicht, daß sie in einer Privatdruckerei möglich gewesen wäre.

\*) Man hatte wohl die Bauern aus der Leibeigenschaft befreit, aber vergaß — ihnen auch die Mittel zum weiteren Fortkommen zu gewähren, und so versetzten dieselben den Juden (den Bankerern) und geriethen schließlich wieder in ihre alte Abhängigkeit vom Gutsbesitzer. Und darum die Erbitterung gegen die neuen Zustände.

der Einberufer sei in seinem Recht, wenn er diejenigen hinausweise, welche in unserem Wahlkreise kein Wahlrecht hätten. — Die Versammlung verlief in der ruhigsten Weise, wie das gewöhnlich der Fall ist, und so werden wir auch in Zukunft alle die Elemente uns fernzuhalten wissen, von denen wir überzeugt sind, daß es sich bei ihnen nicht um sachliche Diskussion, sondern vielmehr um Provokation von Skandal handelt.

**Breslau, 10. August.** Anfangs voriger Woche fand von der hiesigen Garnison ein 3 Tage dauerndes Feldmanöver auf dem Terrain zwischen hier und der Stadt Döls statt. Bei der großen Hitze erkrankten schon während der Übung mehrere Soldaten und sind auch einige Todesfälle vorgekommen. Doch es sollte noch schlimmer kommen. Nachdem die Truppen sechs Stunden am vorigen Freitag Felddienst geübt, wurde bei einer Hitze von 29° R. im Schatten um die Mittagshunde der Heimgang angetreten, und das Resultat war 5 Tode, die Zahl der Kranken, welche auf ländlichen Fuhrn später nachgefahren, kann man gar nicht herauskriegen. Unter den Todten befindet sich unter Anderen der einzige Sohn eines hiesigen Steuerbeamten. Die Aufregung über dieses ist unter allen Bevölkerungsklassen groß. Nun und der Schuldige? Darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. Die Truppen sind das 10. und 11. Grenadierregiment, das 1. Kürassierregiment und eine Abtheilung des 6. Artillerieregiments.

**R. Dresden, 10. August.** (Der Wahlkampf.) Heiß! Welch' ein reges Leben in der sonst so phlegmatischen Bevölkerung! Warum gehört erst eine, von allen Parteien künstlich getriebene Aufregung dazu, die Bürger zu bestimmen, von ihren Wahlrecht Gebrauch zu machen? Friesen, Walter, Bebel, diese drei Männer sind Gegenstand nicht nur der anständigen, gegenseitig aufklärenden und belehrenden Diskussionen, sondern leider auch der gehässigsten Angriffe, der gemeinsten Beschimpfungen. Am 30. Juli 7264 Stimmen für von Friesen (conservativ und nationalliberal), 5415 für Kaufmann Walter (fortschr.), aber 9892 für Bebel, — das gab zu denken — und wie vorauszu sehen, beeilten sich die Beschimpfer Walter's, die Conservativen und Nationalliberalen, die ausschlaggebenden Stimmen der Fortschrittler zu kapern. „Walter muß seine Leute bestimmen, v. Friesen zu wählen, und Bebel ist geschlagen, das Reich gerettet“, so hieß es am 3. August in einer Versammlung Friesen'scher Leute. Man wählt den Herrn Hofrath Ackermann und Genossen als Missionäre und — der Herr Hofrath kommt seinen Verpflichtungen in der traurigsten Weise nach, macht dem Kaufmann seine Aufwartung und bittet, steht um Verzeihung Namens der Wähler Friesen's, diese schmachvollen Verleumdungen zc. seien in der Hitze des Gefechts untergelaufen, „es gilt jetzt Dresden von der Schmach, „Bebelsburg“ zu sein, zu retten und in Ihrer Hand, Herr Walter, liegt es, unseren Candidaten und mit ihm Kaiser und Reich zu retten!“ Jeder andere Reichsfreund wäre, zu Thränen gerührt, dem Herrn Hofrath um den Hals gefallen, aber Walter — dies sei ihm zur Ehre gerechnet — hatte Charakter genug und wies den Herren moralisch die Thür; trotz aller Heulmeierei spielte Walter mit Recht den Verleumdigen. Hatte er Tags zuvor den Wunsch der Sozialisten, „seinen Wählern Bebel oder Wahlenthaltung zu empfehlen“, abschlägig beschieden, so fertigte er heute die Conservativ-Liberalen ziemlich grob ab. Ganz zerfahren ist die Deputation von dannen, um — nun nunmehr stolt auf Bebel zu schimpfen, dasselbe Manöver des Betrugs und der Lüge gegen Bebel zu wiederholen. Und wahrhaftig verstehen die Herren Reichsfreunde das Schimpfen, Lügen und Betragen besser, als man glaubte; unterführt von Leipzig, Chemnitz und Zwickau machen sie den Philistern grausig zu Rache, ein Flugblatt jagt das andere und phantasirt in Nebenarten wie: „Bebel fragt den Teufel nach dem Wohl der Arbeiter, jetzt hält er seine Petroleumflaschen versteckt, um dann sein Ideal, die Pariser Commune, zu verwirklichen“; „Throne zerschlagen, Tyrannenblut (trinken? he?), Guilotine, Henker, Knüttel, Messer, Dolch sind einzig die Worte seiner Gesänge“ — diese und andere Liebeswürdigkeiten mehr enthalten alle staatsretterischen Aufreue! Nun, dem gegenüber hatten wir als beste Waffe die zahlreichen Volksversammlungen, in welchen Candidat Bebel mit lobenswerther Ausdauer am fünf aufeinander folgenden Tagen fünf ca. 25stündige Vorträge hielt. Der Umstand, daß Herr v. Friesen vorzog, auf Einladung der Gewerbetreibenden nicht zu erscheinen, Walter aber abschied, kam der Sozialdemokratie zu statten, denn mancher Philister witterte Freigebit. Bis auf einzelne Interpellationen kam eine Diskussion leider nirgends zu Stande. Warum aber soll der Herr Minister a. D., der „Freiherr“ v. Friesen, mit einem Drechslermeister disputieren? Verfügt er doch über ein Heer von Beamten? Hat er sich doch der Mühe der Regierung, des Schutzes aller Behörden zu erfreuen? Der Vorgesetzte, Geheimrath oder Regierungs-Rath, legt seinen Beamten einfach die Liste vor und unterschreiben muß der Beamte, oder — es ist um ihn geschehen!

Glücklicher Weise giebt es auch noch Menschen, welche selbstständig denken und über den Ausfall der Stichwahl war der mit der Stimmung Vertraute nie im Unklaren. Dresden ist nun einmal gut sozialistisch und trotz aller Machinationen der Gegner, trotz Bedrohung der Arbeiter, trotz Einschüchterung der kleinen Gewerbetreibenden, trotz aller lägerischen, nur auf Betrug berechneten Vorpostelungen wählte es, in engerer Wahl, seinen früheren Reichstagsabgeordneten Bebel mit 11,687 Stimmen, während der „Ordnungsmann“ v. Friesen 10,698 auf sich vereinigte. „Tausend Stimmen mehr!“ Mit rasender Schnelligkeit verbreitete sich diese Kunde und „tausend Stimmen mehr!“ erscholl es aus Aller Munde. Den Gefühlen war bei Bekanntgeben des Resultats durch 12,000-stimmige, nicht enden wollende Hurrahs Lust gemacht und Freude leuchtete auf jedem sozialistischen Gesicht! Das war ein Kampf, wie ihn wenige deutsche Städte zu führen nöthig haben, aber — Genugthuung ist uns geworden und Dresden, die Residenz Sr. Majestät des Königs von Sachsen, ist „Bebelsburg“, ist „Hochburg der Sozialisten“, und daß Dresden „Metropole“ der deutschen Sozialdemokratie wird, dafür werden wir sorgen.

**Münster (Westfalen), 3. August.** Obwohl an einem Sieg in unserem Kreise durchaus nicht zu denken war, beteiligten wir uns diesmal doch, um den auswärtigen Parteigenossen ein Lebenszeichen von uns zu geben, an der Wahl und vertheilten Stimmzettel unter dem Namen „August Bebel, Drechslermeister in Leipzig“. Darob nun großes Aufsehen in unserer Stadt, in welcher die Sozialdemokraten noch nie Ähnliches vorgenommen hatten, und von deren Existenz in hiesiger Stadt noch Niemand eine Ahnung hatte. Die nationalliberale „Westfälische Provinzialzeitung“, unter der Redaktion des in ihrem geschätzten Blatte schon gedachten Scheeren-Redakteurs Glaeser, brachte nämlich unter der Rubrik „Volles“ einige Tage vor der Wahl folgende Notiz, welche allem Anscheine nach von der Polizeibehörde eingekauft war: „Ganz frei von sozialdemokratischen Untrieben scheint unsere Stadt doch nicht zu sein. Gestern Abend nämlich wurde einem hiesigen Handelsmann auf der Salzstraße von Männern, welche er für fremde, aber hier in Arbeit stehende

Handwerker gehalten, ein Wahlzettel mit dem Namen „August Bebel, Drechslermeister, Leipzig“ in die Hand gesteckt. Der Zettel, welcher im Wege der Vertheilung hergestellt scheint, wurde uns eingekauft.“ — Dieser saubere Herr Glaeser hält also eine gesetzlich erlaubte Handlung für einen Uebelthäter. Ganz gut! Aber warum fühlte sich sein patriotisches Herz nicht bewogen, Ähnliches zu berichten, als seine Partei ihre Stimmzettel vertheilte? — Ja, das sind „Ordnungsfreunde“, und wir wollen diese göttliche „Unordnung“ untergraben. — Am Tage der Wahl hatten wir uns zur Urne begeben, um unsere Stimmzettel abzugeben, wurden aber zu unserem Erstaunen mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß die Zettel nicht gültig seien, da sie nicht weiß, sondern gefärbt wären, die Zettel sind aber auf einfaches Conceptpapier gedruckt und weichen nur dadurch von den übrigen ab, daß das Papier etwas rauher ist und daher als solches einer dritten Partei erkannt werden konnte. — Infolge dessen wurden Viele (beiläufig 100) von fernem Wählern abgeschreckt, und nur Einige hatten den Muth, sich Zettel zu schreiben. Freiherr v. Hoeremann ist hier mit 3389 Stimmen gewählt (im ganzen Kreise mit ungefähr 14,000), Fördernbed erhielt 704 (im ganzen Kreise 1040) und Genosse Bebel 23 (im ganzen Kreise 30—33). — Die Wilhelmsspende hat hier auch eine niedliche Summe eingebracht, doch ist es eine Lüge, wenn man sagt, es sei eine freiwillige Spende gewesen. In der Drunn'schen Offizin z. B. ließ man die Liste circuliren, wodurch sämtliche dort Beschäftigte gezwungen waren, zu zeichnen; selbst bei Bekehrungen schämte man sich des Collectirens nicht. Beim Verweigerungsfalle wäre natürlich Kündigung die Folge gewesen. Ebenso machte man es in anderen „liberalen“ Geschäften und bei den Behörden. Wie ich aus dem Munde eines Soldaten vernommen habe, mußte das Militär ebenfalls zeichnen. Doch kann ich auch etwas Günstiges aus unserer Stadt melden, nämlich daß auch hier der Sozialismus schon Wurzel gefaßt hat. Ist unsere Zahl auch noch klein, so sind wir doch mit Begeisterung für unsere edle Sache in den Kampf getreten und werden für ihren baldigen Sieg mit aller Kraft wirken. — Es lebe die Sozialdemokratie! Mit sozialdemokratischem Gruß

**Bremfeld, 6. August.** Ein Arbeitgeber, wie es gewiß nur wenige giebt, ist der hiesige Feilenfabrikant Paß. Am Wahltage sagte derselbe zu seinen Arbeitern: So Leute, es ist Pflicht eines Jeden von Euch, daß er heut' wählen geht. Aber nicht mir zu Liebe sollt Ihr das thun, sondern Ihr müßt in Eurem Interesse wählen, und welchen Candidaten Ihr für Euer Interesse als den geeignetsten haltet, das ist Eure Sache; ich mische mich nicht herein. — Dem Manne ein Bravo!

**Balkenstedt, 6. August.** Am vergangenen Sonnabend fand vor den Schranken des hiesigen herzoglichen Kreisgerichts eine Verhandlung wegen jahrelanger Tödtung gegen den Betriebsdirektor der Grube „Ludwig“ zu Frose, Friedrich Ernst, statt. Der Sachverhalt ist folgender: Am 5. November v. J. hatte der Angeklagte drei Vergleute in einen Schacht geschickt, der am darauf folgenden Tage eingestürzt ist; dabei haben jene drei Arbeiter durch Verschüttung den Tod gefunden. Nach der Aussage der Sachverständigen durfte der Angeklagte Niemanden mehr in jenen Schacht beordern, da dessen schlechter Zustand ihm bekannt sein und er den eintretenden Bruch vorhersehen mußte. Die herzogliche Staatsanwaltschaft beantragte anderthalb Jahr Gefängnis und motivirt dieses Strafmaß mit dem Hinweis auf den großen Unglücksfall vom 1. Juli 1876, wo 29 Arbeiter ihren Tod im Schachte fanden, von denen noch heute viele in demselben ruhen. Der hohe Gerichtshof schloß sich der Ansicht des Staatsanwalts überall an und erkannte auf Höhe der beantragten achtzehnmönatlichen Haft gegen den Angeklagten, sowie auf Tragung sämtlicher Kosten. Der Verurtheilte hat bereits die Appellation angemeldet.

**Gotha, 11. August.** Noch nie war eine Wahlagitatio mit solchen Schwierigkeiten verbunden, als die eben beendete. Fast überall, wo unsere Parteigenossen für die Wahl unseres Candidaten Wilhelm Bod agitierten, stießen sie auf harten Widerstand, und haben sich unsere Gegner wieder einmal in ihrer wahren Gestalt gezeigt. Brutalität und Rohheit waren ihre Haupttugenden. Uns nennt dieser Ordnungspöbel „Wähler“, und dabei schädeln sie die Landleute resp. Arbeiter auf, uns unschädlich zu machen; auf welche Art und Weise, das kümmert sie nicht. — Wir wollen in unserem Bericht die verschiedenen Fälle einer oberflächlichen Kritik unterziehen und dem Wahlcomité in Gotha die weiteren Schritte überlassen. Freitag den 19. Juli wurde den Genossen Andreß und Böttner, welche in Jächtershausen Wahlaufrufe verbreiten wollten, bei sofortiger Arretur verboten, dieselben weiter zu vertheilen, unsere Genossen mußten sonach ihre Vorhaben aufgeben und der Gewalt weichen. Die für Jächtershausen bestimmten Drucksachen sind dennoch Sonnabend den 27. Juli daselbst von uns vertheilt worden. Am Wahltage wurden von uns die Orte Liebenstein, Gräfenroda, Frankenhain, Wölfs, Crawlwinkel, Gossel, Jächtershausen, Trasdorf, Reitmanshausen, Neurode besetzt und sind in verschiedenen dieser Orte unsere Parteigenossen auf die brutalste Art und Weise behandelt worden. So z. B. wurde in Liebenstein Genosse König vom Ortschulzen und dem derzeitigen Wahlvorsteher Namens Christ. Sauerbrei die Treppe heruntergestoßen, die Stimmzettel wurden ihm aus der Hand gerissen und ihm anbefohlen, das Wahllokal ja nicht wieder zu betreten, sonst würde man ihn hinauswerfen. Ferner hatte der betreffende Ortschulze dem Genossem befohlen, er solle den pp. König einmal 24 Stunden einsperren; diesem Befehle wurde zum größten Leidwesen des Auftraggebers nicht Folge geleistet. In Jächtershausen wurde Genosse Küllmer ebenfalls aus dem Wahllokal gewiesen und mit Arretur bedroht. Weiter haben sich mehrere Wähler darüber beschwert, daß der Bäcker Falke in verschiedene Stimmzettel einen Knick gemacht habe, und der Wagnermeister Kästner hat sogar gesehen, daß Falke Stimmzettel aufgemacht und anders gebrochen hat. Nach Beendigung der Wahl ist das Wahllokal verschlossen worden und das Resultat vom Gemeindevorstand nachträglich in der Gaststube veröffentlicht worden. — In Frankenhain, wo Genosse Treubich von uns beauftragt war, die Wahlhandlung zu überwachen, war man etwas humaner, jedoch war es immerhin ungefährlich, daß auf dem Wahlzettel Stimmzettel lagen, wie Genosse Treubich bemerkt hat. Dieselben wurden jedoch wieder entfernt, als man bemerkte, daß unser Genosse dieser Angelegenheit eine besondere Aufmerksamkeit schenkte. Auch hier wurde unseren Genossen der Zutritt ins Wahllokal während der Auszählung verweigert. — Auch Genosse Andreß kann sich nicht beklagen, daß man ihm in Crawlwinkel keine Aufmerksamkeit geschenkt habe. Derselbe wurde nachmittags 4 Uhr, als er einem Arbeiter Namens Krimm einen Stimmzettel reichte, vom Ortschulzen Kros aufgefordert, das Wahllokal binnen 5 Min. zu verlassen; der Stellvertreter desselben verstieg sich sogar soweit, daß er unserm Genossen die Stimmzettel aus der Hand riß und verbrannte. Als Andreß sich nicht bewegen wollte, natürlich mit Zug und Recht, das Lokal zu verlassen, ließ ihn der Schulze von Crawlwinkel durch zwei Bauern arretiren und nach Dorduf trans-

portiren. Daselbst auf dem Landrathssamt angekommen, wurde er sofort wieder freigelassen und die beiden Transporteure mit einem gehörigen Rüssel an ihren Auftraggeber heimgeschickt. Auch Genosse Andreß ging nach Crawlwinkel zurück, freilich war die Wahl nun vorüber und somit auch die Absicht des Schulzen erfüllt. — Genosse Böllner glaubte in Wölfs ein Recht zu haben, der Stimmenauszählung mit beizuwohnen zu dürfen, man gönnte ihm aber das Vergnügen nicht, indem man ihn einfach an die Luft setzte. — Vom Genossen Amm, welcher in Reitmanshausen, Trasdorf und Neurode agitirte, haben wir noch keinen speziellen Bericht, jedoch steht soviel fest, daß es ihm nicht viel besser ergangen ist, als den anderen Parteigenossen. — Diese Kampfweise unserer Gegner ist wirklich keine taktvolle zu nennen, und ein Sieg nach solchen Vorkommnissen ist wahrlich kein glänzender. Wir enthalten uns hier einer weiteren Auseinandersetzung, jedoch wünschen wir, daß von Seiten des sozialistischen Wahlcomités in Gotha gegen solche Ungefährlichkeiten protestirt wird, damit jenen Herren ein anderes Mal die Lust zu solchen Anmaßungen vergeht. Th. B.

### Engere Wahlen.

Offenbach: Liebknecht 10,700, Dernburg (nat. lib.) 11,100 Stimmen.  
Reichenbach (Sachsen): Auer 7500, Schmiedel (cons.) 7700 Stimmen.  
Hanau: Frohme 6300, Dr. Weigel (nat. lib.) 9000 St.  
Breslau I: Reinders 9767, Molinari (nat. lib.) 9318 St.  
Breslau II: Kräcker 8826, Bürger (fortschr.) 10,215 St.  
Hagen: Richter (fortschr.) 10200, Dr. Bued (liberal) 7000 Stimmen.  
Borna-Begau (14. sächs. Wahlkreis): bis jetzt Geiser 3921, Dr. Frege (cons.) 3344 Stimmen.  
Somit sind fünf sozialistische Abgeordnete definitiv gewählt: Liebknecht, Bebel, Haffelmann, Braude, Reinders.

### Briefkasten

der Redaktion. H. R.: Ihr Artikel würde post festum kommen. — A. G. in Varzin: Gedicht in der Form nicht brauchbar. — der Expedition. W. B. Maslau: Auf Ihre Reklamation ist bereits Redeherge eingeleitet und erhalten Sie über den Erfolg Mitteilung durch unsern Briefkasten.  
Luitung. Ege Hannover Ab. 200,00. Festschmitt das. Ann. 1,40. L. Berlin Ann. 1,50. Stritz Benndorf Ab. 0,85. Sathm. Linden Ab. 1,00. Eir. Temezwar Ab. 1,65. Infemann Chicago Ab. 209,96. Sil Schwab. Hall Ab. 21,04. Grd. Stödtter Ab. 28,40. Jypl. Wolfersdorf Ab. 2,30. Exped. d. Volkstg. Viesefeld Schr. 2,00. Z. hier Ab. 3,00. Genossenschaftsbudr. Blauhan Ab. 100,00. Sch. Nisch Ab. 1,40. Nht Wien Ab. 6,55. Rte Darmstadt Ab. 24,00. Rita Schmölln Ab. 7,25. Gebstn Lindenau Ab. 2,00. Dr. L. Würzburg Schr. 1,25. A. Oberbillingshausen Schr. 1,70. Flg. Wieser Schr. 1,00. Dr. Adr. Dreisheim Schr. 3,10. Nur Wagdeburg Schr. 1,10. Hamann Dresden Schr. 0,50. Sirk Wöttingen Ab. 0,60. Hsmann Darmstadt Schr. 0,50. Bhandr. Lelum Ab. 2,05. Deutscher Verein Basel durch Freese Ab. 2,50. E. Rein (Gardon Ab. 7,50. Schr. Walzenburg Schr. 5,50. Dschmann Graz Ab. 1,31.

### Wahlfonds.

Son Admerstadt 1 fl. 13 kr., Karlsdorf 1 fl. 11 kr. Sa. 2 fl. 24 fr. — 3,72; für Wahrheit und Recht 12,00; aus N. Z. 0,17; Schafopfsclub d. Wechster d. Sch. 0,56; v. d. Nothen eines Geschäfts 1,00.

Ein zuverlässiger und solider Parteigenosse — selbständiger Gewerbetreibender — welcher durch die andauernde Krise in einige Geldbesorgnisse gerathen ist, sucht auf die Dauer eines Jahres ein verzinntes Darlehen von 300—400 Mark. Ausreichende Sicherstellung ist vorhanden. Gest. Offerten vermittelt A. Bebel, Hauptmannstraße 76, Leipzig. [1,80]

Die neue, einfache, bereits bei mehreren schwierigen Verhandlungen praktisch erprobte, von allen Kurzgriffsystemen am frühesten befundene und von Jedermann in wenigen Stunden erlernbare, auf alle Sprachen leicht anwendbare

### Roller'sche Stenographie

empfehlte sich als eine wahre Volkstenographie allen auch nur mit mäßiger Schulbildung Begabten zur Selbst-Erlernung. — Die Lehrmittel (Lehrbuch 3. Auflage, Schreibübungsbuch mit Vorschriften und Lesematerial zc.) sind durch H. Roller, Berlin NW., Bandenstr. 3, gegen Einsendung von 2 Mk. (Briefm.) direkt zu beziehen. — Nachfrage vertheuert! [3,60]

Wir empfehlen:

### Triumph of Order

gemalt von E. Pichio.  
Darstellend: Die Erstziehung von Communisten durch die Pariser Truppen (Mai 1871) im Kirchhofe Père la Chaise zu Paris.  
Eines der größten und denkwürdigsten Kunstwerke der Neuzeit. Daselbst ist gegenwärtig in London am Alexander Palace auf kurze Zeit ausgestellt und wird gegen besonderes Eintrittsgeld gezeigt. In Paris war die Ausstellung verboten. — Es ist gelungen, Original-Photographien in folgenden Preisen anfertigen zu lassen: Größere (die Photographie ohne Carton 28 Ctm. breit, 20 Ctm. hoch) im Dugend das Stück R. 3,50, einzeln 5,00; kleinere (20 Ctm. breit, 14 Ctm. hoch) im Dgd. das Stück 1,80, einzeln 2,50.  
Für Deutschland haben wir den Vertrieb übernommen und liefern u. obigen Preisen gegen baar oder Postvorschuß.

### Das lebensgroße Brustbild Ferdinand Lassalles.

Lithographie (79 Ctm. hoch, 63 Ctm. breit) in gelungener Ausführung. Preis pro Bild einschließlich Verpackung 3 Mark gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Die Expedition des „Vorwärts“.

### Die Frauen- und Kinderarbeit vor dem Deutschen Reichstage.

Reichstagsreden von J. Motteler.  
Preis pr. Exempl. 15 Pf.

### Kladderadassch.

Eine kritische Glosse von Frd. Werner.  
Preis pr. Exempl. 15 Pf.  
Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Wühlisch in Leipzig.  
Redaktion und Expedition Fährstr. 12. II. in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.